

Kuflage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Thlr., incl. Frachtposten 5 Thlr., durch die Post bezogen 6 Thlr. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Jahresrate 5 guld. Postzeit 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Adressirter Casp nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind gratis an d. Expedition zu senden. — Adressat wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Spandebenen der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Die die Abgabe einzelner Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächsten Nummer bestimmten Sperrate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annahme: Otto Stamm, Universitätsstr. 22, Louis Köhler, Katharinenstr. 18, nur bis 1/3 Uhr.

N^o 90.

Freitag den 5. März 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung der Reichsbankantheilhaber (S. 18 des Statuts der Reichsbank vom 21. Mai 1875, Reichsgesetzblatt S. 203) wird hierdurch auf den 24. März d. J., Nachmittags 6 1/2 Uhr berufen, um den Verwaltungsbereich nebst der Bilanz und Gewinnberechnung für das Jahr 1879 zu empfangen und die für den Centralauschuss nötigen Wahlen vorzunehmen (S. 21 a. a. O.). Zur Theilnahme ist jeder männliche und verfassungsmäßige Antheilhaber berechtigt, welcher durch eine spätestens am Tage vor der General-Versammlung im Archive der Reichsbank, Jägerstraße Nr. 34/36 hier selbst, während der Geschäftsstunden abzugebende Bescheinigung nachweist, daß und mit wievielen Anttheilen er in den Stammbüchern der Reichsbank als Eigener eingetragen ist (S. 16 a. a. O.). Die Versammlung findet im Reichsbankgebäude, Jägerstraße Nr. 34/36 hier selbst, statt.
Der Reichsbankant.
v. Widmar.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten haben wir beschlossen, vom 1. April d. J. ab das Schulgeld an unsern beiden städtischen Gymnasien zu St. Thomä und St. Nicolai, sowie an unserer Realschule I. Ordnung auf jährlich 120 A für Einheimische und auf jährlich 150 A für Auswärtige zu erhöhen, jedoch mit der Beschränkung, daß das Schulgeld für die gegenwärtig bei erwähnten Schulanstalten bereits bestehenden Schüler nach dem bisherigen Satze forterhoben werde.
Als auswärtige Schüler werden diejenigen betrachtet, deren zur Bezahlung des Schulgeldes verpflichtete Angehörige in hiesiger Stadt nicht wohnen und zu den persönlichen Gemeindegeldern nicht beitragen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilsch, Kf.

Bekanntmachung.

Am 10. April e. sind die einjährigen Hinsen von 1800 A Capital, nämlich von 1500 A Legat des Herrn Stadthaltern Henze und von 300 A Geschenk der Erben des Herrn Kaufmann Thäringen, an arme Hände Beute in hiesiger Stadt zu vertheilen.
Bewerbungen um diese Spenden sind bis zum 1. April e. schriftlich und unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bei uns einzureichen.
Leipzig, den 2. März 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Richter.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit die Reichstraße neu pflastern zu lassen, und ergeht deshalb an die Besitzer der angrenzenden Grundstücke und bei an die Anwohner hierdurch die Aufforderung, etwa beschuldigte, den bezeichneten Straßentract berührende Arbeiten an den Privat-, Gas- und Wasserleitungen und sonstigen ungesäuerten und jedenfalls vor der Neupflasterung auszuführen, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenzustandes dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 6 Jahren nach beendeter Neupflasterung in der Regel nicht mehr zugelassen werden.
Nicht minder werden die Ergrabennten unter Verweisung auf unsere Bekanntmachungen vom 2. Januar 1877 und vom 29. März 1879 aufgefordert, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 60 A oder der sonst in den gedachten Bekanntmachungen angedrohten Nachteile die Unterführung der Dachtraufen mittelst besonderer Fallrohrschleusen unter den Fußwegen hindurch in die Hauptkiese der Straße rechtzeitig und spätestens bis zum 5. Mai d. J. bewirken zu lassen.
Leipzig, am 18. Februar 1880
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Naturalien-Bedarfs des Garnisonlazareths Leipzig für die Zeit vom 1. April 1880 bis Ende März 1881 soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Der ungefähre Bedarf erstreckt sich auf: 240 Centner Roggenbrot 2. Sorte, 30 Ctr. Semmel, 110 Hektoliter Braubier, 2000 Portionen echt bayerisches Bier à 0,45 Liter, 90 Ctr. Rindfleisch, 10 Ctr. Hammelfleisch, 10 Ctr. Schweinefleisch, 10 Ctr. Kalbfleisch, 20 Ctr. Roggenmehl, 8 Ctr. weiße Bohnen, 10 Ctr. Bohnen, 8 Ctr. Fadennudeln, 8 Ctr. feine Gräuhen, 10 Ctr. Erbsen, 8 Ctr. Weizenriesel, 6 Ctr. Gerstengröße, 6 Ctr. Hafergröße, 9 Ctr. Hirse und 8 Ctr. Reis. Unternehmer wollen die Bedingungen hier einsehen und unterzeichnen und dann ihre Angebote versiegelt, mit der Aufschrift: „Naturalien-Lieferung“ versehen, bis zum 10. März Vormittags 11 Uhr portofrei anher einbringen.
Leipzig, am 3. März 1880.
Königliches Garnison-Lazareth.

Nicolaigymnasium.

Zu dem Sonnabend, den 6. März, 10 Uhr stattfindenden Baledictionsactus ladet im Namen des Behrerscollegiums hierdurch ergeben ein
Leipzig, den 4. März 1880.
Prof. Th. Vogel.

Die Militairvorlage.

Berlin, 3. März. Die zweitägige Verhandlung des Reichstages über die Militairvorlage am Montag und Dienstag wird nicht verziehen, in Deutschland, wie im Auslande einen heftigen und nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Nach den wenig erprießlichen und mit einer gewissen langweiligen Geschäftsmäßigkeit verlaufenen Debatten der letzten Woche hat gestern und vorgestern der Reichstag ein festes Interesse. Die Väter in seinen Reihen erschienen wieder einmal ausgefüllt, die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. So wie sich der Reichstag der Militairvorlage gegenüber stellte, so demt und fühlt das deutsche Volk, das Ausland wird sich merken; wenn die vorhandenen Angriffspunkte auf Deutschland überhaupt noch zu zählen sind, so haben diese Verhandlungen ohne Zweifel einen geschichtlichen Theil daran. Solche Tage, wie die beiden letzten, vereinigen alle Blicke und alle Gedanken des deutschen Volkes auf den besprechenden Parlamentsaal in der Leipziger Straße, sie stärken das Gefühl der Einheit, der Sicherheit und des Vertrauens auf die eigene Kraft. Daß der leitende Staatsmann sich fern hielt und die allgemein gehegten Erwartungen täuschte, er würde durch interessante politische Auseinandersetzungen seine persönlichen Einflüsse in die Waagschale werfen, hat nicht einmal vermocht, der großen Debatte wesentlich Eintrag zu thun. Ob es allein sein leidender Gesundheitszustand gewesen, der ihn vom Erscheinen im Reichstage zurückhielt, mag dahingestellt bleiben. Wir glauben nicht recht daran, denn wo es der Reichstag für notwendig und erprießlich hält, selbstständig einzugreifen, pflegt er sich durch körperliches Uebelbefinden nicht abhalten zu lassen; er ist ja oft genug auch unter solchen erschwerenden Umständen im Reichstage erschienen. Sein Fernbleiben berechtigt somit nur zu sehr zu dem Schlusse, daß im Augenblicke unsere auswärtigen Beziehungen in einer sehr ernstlichen Spannung sich befinden, die offene Erklärungen vor dem Lande zum Mindesten nicht zweckmäßig erscheinen lassen, andererseits gab er dadurch dem Reichstage Gelegenheit, zu zeigen, daß er in dieser Frage seiner Direction nicht bedürfte, um den rechten Weg zu finden. Was die Stellungnahme der verschiedenen Parteien anlangt, so war ja von vorn herein bekannt, daß die Fortschrittspartei, das Centrum, die Socialdemokratie sich gegen die Vorlage erklären würden. Der Abg. Richter entwickelte in zweifelhafter Rede eine Reihe von sachlichen Gründen, welche sich gleichwohl nicht gegen den gewollten Zweck der Vorlage richteten, sondern denselben nur auf einem andern, für das Land weniger drückenden Wege als erreichbar nachweisen sollten. Eine kleine Minorität der Nationalliberalen, Namens deren der Abg. von Stauffenberg in ausgezeichneter Rede eintrat, beämpfte hauptsächlich das zweite Septennat, während die Mehrzahl dieser Fraction durch den Abg. von Bennigsen sich im Wesentlichen mit dem Gehörten einverstanden erklärte. Diese kurz und bündig im Eingange seiner Rede abgegebene Erklärung machte im ganzen Hause, obwohl sie nirgend unerwartet kam, sichtlich einen heftigen Eindruck, wie denn auch die ganzen Ausführungen desselben das allgemeine Interesse bis zum Schlusse festhielt. Der Bericht Windthorst's, diese Rede als eine in Stell-

vertretung des Reichstages gehalten in ihrer parlamentarischen Bedeutung herabzusetzen, sie wirkungslos zu Boden, ebenso die Erinnerung an den beschränkten Unterhandlungsstand nach Kowow mit Bezug auf Bennigsen's Erklärung, daß er der sachverständigen Autorität des größten Politikers und des größten Strategen hinsichtlich der Bedürfnisfrage beweisende Kraft beilege. Für das Centrum war die Verhandlung überhaupt wenig erprießlich. Nachdem Reichensperger am ersten Tage die Ablehnung der Vorlage damit begründet, daß er der erhöhten Fortsetzung an Soldaten und Geld die Perspective einer im diplomatischen Wege herbeizuführenden allgemeinen Abrüstung gegenüberstelle, führte am zweiten Tage der Abgeordnete Windthorst alle seine Redekünste ins Gesicht, um die ablehnende Haltung des Centrums des Stachels zu berauben. Er verschwandete patriotische Hinweise auf die deutsche Nation vor 1866, auf die Erhebung des Volkes in den Freiheitskriegen, um schließlich die Vermeidung des Culturkampfes als das geeignete Mittel zu empfehlen, die äußere Sicherheit Deutschlands zu wahren. Herr Windthorst hat endlich doch erkennen müssen, daß andere Leute noch früher aufgehoben als er, und daß auch einmal das Centrum in die Gefahr kommen könnte, an die Wand gedrückt zu werden. Doch seine Angriffe trugen ihm diesmal nicht einmal den Ruhm eines geschickten Parlamentariers ein, seine Pleite waren stumpf und erzeugten nur eine etwas malitiose Heiterkeit auf der andern Seite des Hauses. Im großen Ganzen aber kann das deutsche Volk mit dem Verlaufe der Verhandlungen zufrieden sein; denn sie haben wesentlich dazu beigetragen, den Nationalgedanken zu stärken und dem Auslande pflichtschuldige Achtung vor dem deutschen Namen einzulößen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 4. März.
Das politische Interesse ist fast ausschließlich durch die beiden Attentate in Petersburg und Brüssel absorbiert. Indem wir auf den betreffenden Artikel im „Nachtrage“ verweisen, geben wir an dieser Stelle den folgenden Bericht zur Geschäftsstunde des Reichstages: Mit einiger Spannung sieht man bei der Donnerstagssitzung des Reichstages vorstehenden Entscheidung über den Antrag Dönel wegen Aufforderung des Chef der Admiralität zur Verichterstattung über den Untergang des „Großen Kurfürsten“ entgegen. Es heißt, daß von anderer Seite noch ein weiterer Antrag vorbereitet wird, der die Ernennung eines General-Inspecteurs der Marine anregen soll. Die Fragen, welche auf diese Weise aufgeworfen werden, sind von solcher Bedeutung und zugleich von so verwickelter und delicater Natur, daß es kaum möglich scheint, sie sofort im Plenum zur Entscheidung zu bringen. Der Reichstag wird gut thun, sie der Budgetcommission zu überweisen. — Die Budgetcommission erlebte in ihrer gestrigen Abendigung das Debütarium des Militairretais. Sämmtliche Postitionen wurden von den Regierungsvorstreitern mit großer Energie vertheidigt und demnachst von der Commission unterändert angenommen. In der heutigen Beratung des Extrabudgetariums (Cap. 5) wurden Titel 4 (Neubau einer Garnisonbäckerei und eines Dienst-

gebäudes für die Magazinverwaltung in Altona, erste Rate 130,000 Mark), Titel 5 (Neubau eines Körnermagazins und zweier Kanthausmagazine in Barkim, erste Rate 25,000 Mark), Titel 9 (Neubau und Ergänzung der Ausstattung eines Intendanturdienstgebäudes für das Gardecorps in Berlin, erste Rate 100,000 Mark), Titel 17 (Ankauf und Einrichtung eines Dienstwohngebäudes für den Commandeur der 4. Division in Bromberg 159,000 Mark) ganz gestrichen, Tit. 14 (Neubau eines Feldartillerie-Casernements in Colberg, erste Rate 500,000 Mark) von der Militairverwaltung zurückgezogen, Titel 10 (Einrichtung des großen Sitzungssaales im Erweiterungsbau des Generalstabdiengebäudes in Berlin zu Bibliothekszwecken u. s. w. 198,000 Mark) um 110,000 Mark, Titel 23 (Neubau einer Infanteriecaserne in Plegnitz, zweite Rate 100,000 Mark) um 50,000 Mark, Tit. 25 (Abbruch und Wiederaufbau der Caserne V in Reife, dritte und letzte Rate 222,417 Mark) um 72,417 Mark, Tit. 51 (Verlegung der Realschule in Erfurt nach Glogau 150,000 Mark) um 135,000 Mark ermäßigt. (Die im letzteren Titel übrigbleibenden 15,000 Mark wurden für Vorarbeiten bewilligt.) Außerdem wurde beschlossen, Tit. 55 (Vermehrung des etatsmäßigen tragbaren Schanzengusses der Infanterie) und die entsprechenden Titel im sächsischen und württembergischen Etat, zusammen 1,075,700 Mark, aus der Anleihe zu bestreiten. — Die Geschäftsordnungscommission ist zur Zeit mit der Prüfung der Frage beschäftigt, inwiefern Mandate von Mitgliedern des Reichstages infolge der neuen Justizorganisations erloschen sind. Sie hat beschlossen, beim Plenum zu beantragen, die Mandate der Mitglieder des Reichstages Bähr, v. Grävenitz und v. Geß, von denen die beiden erstern bisher dem preussischen, der letzte dem württembergischen Obertribunal angehört, für erloschen zu erklären, während das Mandat des in das Reichsgericht eingetretenen bisherigen Reichsoberberthelmsgerichts Rath Dr. Dreher als fortbestehend betrachtet wird. Außerdem erachtet die Commission die Mandate der Abgg. Saro und Thilo für erloschen. — Die national-liberale Fraction wird, wie wir hören, die Abgg. v. Bennigsen, Richter, Stephani, Büsing und Puhl in die Militaircommission entsenden. Das 6. der Fraction zukommende Mitglied hat dieselbe der „liberalen Gruppe“ zugehört. Da nach dem zwischen den Fractionen vereinbarten Turnus das Centrum diesmal 2, die Conservativen 1, die Fortschrittspartei 2 Mitglieder zu stellen haben, so wird die Commission demnach voraussichtlich aus 13 Freunden und 8 Gegnern der Vorlage bestehen. — Aus den vielen interessanten Ausführungen des bereits erwähnten Artikels der „Deutschen Revue“ über den „nicht-atomischen“ Bericht betreffs des Unglücks bei Fokkone möchten wir namentlich eines hervorheben: „Es ist merkwürdigerweise,“ so schreibt die „Revue“, „in dem Bericht die Haltung der „Preußen“ bei der Katastrophe gar nicht erwähnt und scheint es daher so, daß der Führer derselben, Herr von Blanc, überhaupt nicht vernommen worden sei. Es heißt äußerst lakonisch in der Denkschrift: Die Leute der Besatzung, welche sich lange genug über Wasser halten konnten, wurden von den Besten des „König Wilhelm“, welche schnell zur Hilfe herbeikamen, und von herzugeeilten englischen Fischerbooten, einige auch durch

Boote der „Preußen“ gerettet. Das waren, wie jetzt scheint, zwei Mann. Wie war es möglich, daß die Hülfsleistung der „Preußen“ eine so beschränkte sein konnte? Die „Preußen“ war das einzige intacte Schiff. Raum, am sofort hinauszuweichen, war genügend vorhanden — trotz aller gegentheiligen Erklärung —, warum ging das Schiff nicht sofort an die Unglücksstelle, statt eine Wendung zu machen, dann von der Strömung abgetrieben in nicht unbedeutender Entfernung vom sinkenden „Großen Kurfürsten“ zu antern, so daß auch die beiden einzigen überhaupt ausgelegten Boote zu spät kommen mußten? Bezüglich dieser Angelegenheit wäre es von hohem Interesse zu erfahren, was eigentlich die Havarie-Commission zum Verhalten des Herrn von Blanc, der rechten Hand des Marineministers, gesagt, welches Urtheil sie über dasselbe gefaßt und ob, beziehungsweise in wie weit in der kriegsgerichtlichen Untersuchung auf dieses Gutachten Rücksicht genommen ist. Vielleicht hat man gerade in diesem Falle das Gutachten der Havarie-Commission für sehr „subjectiv“ gehalten. Die in vatikanischen Dingen in der Regel wohlunterrichtete „Ain. Ztg.“ schreibt: „Wie man uns mittheilt, hat Papst Leo sich — wenn auch mit schwerem Herzen — dem Standpunkt des preussischen Staats bequemt und wird die Geisteslichter auffordern, die unter allen Umständen bestehen bleibenden grundlegenden kirchenpolitischen Gesetze (Maigesetze) in Preußen zu befolgen und die Befugnisse des Staates, seine Reichthümer der Kirche gegenüber aus eigener Machtvollkommenheit zu bestimmen, stillschweigend anerkennen oder doch über sich ergehen lassen. Der Staat wird lediglich solche Zusätze zu den bestehenden Gesetzebestimmungen neu erlassen, welche im Geiste derselben liegen, aber der nunmehr geänderten Haltung des päpstlichen Stuhles dem Staate gegenüber Rechnung tragen. Wenn dies geschehen werde, läßt sich genau nicht vorherbestimmen. Im Vatican hofft man, daß der Ausgleich noch in diesem Sommer zu Stande komme.“ — Inwiefern die vorstehenden Mittheilungen der „A. Z.“ begründet sind, wird sich ja bald herausstellen.

Wir kommen auf das Regierungsjubiläum des Czaren zurück. Kaiser Alexander ist der sechste Monarch aus dem Hause Romanoff, welcher sein 25-jähriges Regierungsjubiläum begeht. Die fünf Czaren, die vor ihm das gleiche Fest feierten, waren Michael Fedorowitsch, der erste Herrscher aus dem Hause Romanoff (1613 bis 1645), Alexei Michailowitsch (1645—1676), Peter der Große (1682—1725), Katharina II. (1762—1796) und Nicolaus I. (1825—1855). Im Laufe der 242 Jahre, während welcher die Dynastie Romanoff über Rußland herrscht, haben — zurecht in der Hauptstadt Moskau und seit Peter v. G. in Petersburg — vierzehn Czaren gewechselt (darunter vier weibliche Monarchen), von welchen nur fünf länger als 25 Jahre den Thron inne hatten. Wie man der „R. Fr. Pr.“ meldet, hätte Kaiser Alexander sich vor einigen Tagen von einem Geheimsecretair sein Testament, das aus dem Jahre 1877 datirt sein soll, bringen lassen, worauf er dasselbe einige Zeit hindurch eifrig studirte, um dann eigenhändig einige Punkte in demselben zu ändern und neue Clausein